



Thema: attac, Attac-,

URL: http://derstandard.at/1397522476561/Auch-Amerikaner-vergiften-sich-nicht-taeglic...

Community Newsletter Mobil Radio Zeitung Über uns Sales anmelden

derStandard.at > Wirtschaft > Welthandel Wetter Wien

International Inland Wirtschaft Web Sport Panorama Etat Kultur Wissenschaft Gesundheit Bildung Reisen Lifestyle Familie
Unternehmen Finanzen & Börse Geld ATX Indizes Aktien Fonds Währungen Rohstoffe Zinsen Watchlist & Portfolio

"Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich"

INTERVIEW | ANDRÁS SZIGETVARI
6. Mai 2014, 05:30



Streitgespräch zum Freihandelsabkommen mit den USA: TTIP dient nur der Industrie, sagt Karin Küblböck. Das Biohenderl ist nicht in Gefahr, kontert Franz Schellhorn.

STANDARD: Herr Schellhorn, Sie befürworten das Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen Europa und den USA. Gar keine Angst, dass Chlorchühner und Hormonschweine auf unsere Teller kommen?

Schellhorn: Wenn man hört, dass in den USA Tiere mit Chemikalien behandelt werden, ist das intuitiv sicher beängstigend. Aber wer sich informiert, was da wirklich dahintersteckt, stellt fest, dass selbst die europäischen Behörden mit Chlordioxid behandelte Hühner nicht für gesundheitsgefährdend halten. Die Amerikaner töten mit dem Chlor Salmonellen und andere Keime ab. Insofern beunruhigt mich die Sache nicht.

STANDARD: Alles übertriebene Panikmache also?

Küblböck: In den USA gelten nicht so strenge Hygienevorschriften, weshalb die Hühner dort nach der Schlachtung in Chlor getaucht werden müssen. Das wollen die europäischen Konsumenten nicht. Wenn aber auch in Europa billige Chlorchühner importiert werden dürfen, wird der Druck auf die Produzenten hier steigen, die eigenen hohen Standards aufzugeben. Es geht also nicht um ein Chlorchuhn auf dem Teller, sondern um einen Trend zur Deregulierung mit TTIP.

Schellhorn: Wichtig wäre es, Lebensmittel zu kennzeichnen. Wenn man das US-Huhn nicht will, sollte man die Entscheidung den Konsumenten überlassen. Aber davor fürchtet man sich, weil es im Hintergrund um etwas anderes geht: Viele denken, die EU-Landwirtschaft wäre gegenüber der amerikanischen nicht konkurrenzfähig. Das ist keine unberechtigte Angst, aber man muss das offen aussprechen und sagen: Wir vertrauen dem Kunden an der Supermarktkasse nicht, weil er die falsche Entscheidung treffen könnte, also die, die wir für falsch halten. Das wäre ehrlicher, als einen Abwehrkampf zu inszenieren: Auch die Amerikaner vergiften sich schließlich nicht täglich.

STANDARD: Ist die Idee so schlecht, alle Importe zu erlauben und die Konsumenten entscheiden zu lassen?

Küblböck: Ich denke nicht, dass man die Verantwortung an die Konsumenten auslagern kann. Es ist wichtig, dass in Europa bestimmte Chemikalien und Zusatzstoffe verboten sind. Der Widerstand richtet sich dagegen, solche Regulierungen aufzuweichen. Das ist der springende Punkt: In der Debatte ist immer von einem Freihandelsabkommen die Rede, aber das ist falsch. Freihandel zwischen USA und Europa gibt es bereits. Worum es geht, ist ein reines Deregulierungsabkommen.

Schellhorn: Es gibt Bereiche wie die Pharmazie, die mit Zöllen abgeschottet werden. Ausschlaggebend sind aber die nicht tarifären Handelshemmnisse: Das sind zahllose, meist sinnlose Regeln, die kleinere und mittlere Unternehmen davon abhalten, Geschäfte in Übersee zu machen.

STANDARD: Wie viel wird TTIP für den Wohlstand in Europa bringen?

"Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich" [8]

STREIT UM TTIP-ABKOMMEN
Experte: "In den USA essen wir diese Lebensmittel auch" [1063]
 Rolf Langhammer hält in der aufgeheizten Debatte um Chlorchuhn und Co eine gegenseitige Anerkennung der Standards für einen Ausweg

FREIHANDEL
Kommt ein Chlorchuhn geflogen [1020]
 Die Österreicher sind skeptisch, was US-Lebensmittel anbelangt. Dabei ist ihnen etwa das Chlorchuhn gar nicht so unvertraut

ABKOMMEN
Regierung steigt beim Freihandel auf die Bremse [24]
Faymann und Mitterlehner: Bevölkerung soll künftig genauer über Verhandlungen informiert werden

FREIHANDELSABKOMMEN
TTIP: Faymann gegen Sonderklagsrechte [67]
 Bundeskanzler: "Derzeit keine Notwendigkeit für Schlichtungsstelle" - Spindelegger legt sich nicht fest

SCHIEDSGERICHTE
Wenn Konzerne ihre Grundrechte einfordern [36]
Österreichs teilstaatliche Unternehmen rufen besonders gern Schiedsgerichte zu Hilfe

TTIP-DISKUSSION
Trojanisches Pferd gegen den Freihandel [183]
Schiedsverfahren könnte man doch im Internet streamen, schlug ein Anwalt bei einer Diskussion vor. An der Skepsis von NGOs änderte das nichts

TTIP
Freihandelsabkommen: Deutsche skeptisch [88]
 Eine neue Umfrage zeigt das Misstrauen, das die deutsche Bevölkerung gegen das Freihandelsabkommen mit den USA hegt

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac, Attac-,

URL: <http://derstandard.at/1397522476561/Auch-Amerikaner-vergiften-sich-nicht-taeglic...>

Schellhorn: Man sollte bei dieser Frage eines nicht vergessen: Der Freihandel ist eine Erfolgsgeschichte. Die vergangenen 50 Jahre waren Jahrzehnte des Freihandels, und sie haben mehr Menschen in den Wohlstand geführt, als die 500 Jahre davor. Die heute wohlhabendsten Nationen sind offene Volkswirtschaften. Studien zeigen, dass TTIP besonders für exportstarke Länder von Vorteil wäre. Die Gewinner in Europa wären Deutschland, Österreich, Spanien.

Küblböck: Die Armutszahlen sind stark gesunken. Das war aber hauptsächlich wegen der Entwicklung Chinas der Fall. In anderen Regionen wie Afrika ist Armut gestiegen. Und China ist kein typisches Freihandelsland: Der Staat schützt seine Währung, seine Finanzmärkte. Dort war es lange Zeit gar nicht leicht, zu investieren. Das war auch alles richtig, denn Freihandel zwischen zwei ungleichen Partnern bedeutet, dass der Schwächere verliert.

Schellhorn: Auch wenn China sich nicht voll geöffnet hat, sagen alle namhaften Ökonomen, dass es die Liberalisierung war, von der das Land profitiert hat. Was Afrika betrifft, haben Sie recht: Aber warum hat Afrika nicht gewonnen? Weil es dort keinen Kapitalismus und keine Möglichkeit zu investieren gibt.

STANDARD: Glauben Sie auch, dass Europa von TTIP profitieren wird?

Küblböck: Die Studien zeigen einen minimalen Wohlstandszuwachs für Europa, die Rede ist von etwa 0,5 Prozent mehr Wirtschaftswachstum in einem Zeitraum von zehn Jahren. Das ist pro Jahr fast gar nichts. Außerdem werden bei diesen Prognosen die Anpassungskosten nicht berücksichtigt. Vieles ist auch schwer zu berechnen: Was heißt es, wenn das Essen nicht mehr die gleiche Qualität hat? Die höheren Krebsraten wird man erst in zehn Jahren sehen.

STANDARD: Zu den umstrittensten Punkten bei TTIP zählt die Einrichtung spezieller Schiedsgerichte, vor denen Investoren künftig Staaten klagen können. Was halten Sie beide davon?

Küblböck: Ich halte das für bedenklich. Es gibt weltweit 3000 bilaterale Investitionsschutzabkommen, mit denen verschiedene Schiedsgerichte für zuständig erklärt werden. Die meisten dieser Abkommen stammen aus den 1990er-Jahren. Sie räumen den Investoren zu viele Rechte ein, sie sind so vage, dass sich fast alles in sie hineininterpretieren lässt. Deshalb können Staaten, selbst wenn sie legitime Entscheidungen treffen, etwa neue Umweltauflagen einführen, verklagt werden. Die Staaten können dabei nur verlieren: Selbst wenn die Klagen abgeschmettert werden, müssen sie die Kosten für Verfahren übernehmen, und sie erleiden wegen der langen Prozesse einen Reputationsschaden.

Schellhorn: Staaten können nicht nur verlieren. Bei den Schiedsgerichten geht es doch nur um eines: Investoren hätten gerne Sicherheit, dass sie nicht enteignet werden und dass sie nicht gegenüber nationalen Anbietern benachteiligt werden. Um das zu gewährleisten, gibt es, wie Sie sagen, bereits 3000 Vereinbarungen, und da gab es nie besondere Probleme. Die österreichischen Banken hätten das auch ganz gern in Ungarn gehabt, damit sie nicht über eine willkürliche Steuer enteignet werden. Es gibt Möglichkeiten, die Schiedsverfahren zu verbessern. Aber gegen Investitionsschutzbestimmungen ist nichts einzuwenden.

STANDARD: Die Kritik richtet sich vor allem gegen die zumeist intransparenten Verfahren.

Küblböck: Die Prozesse finden hinter verschlossenen Türen statt. In vielen Fällen wissen selbst die nationalen Parlamente in dem verklagten Staat nicht, worum es geht. Es gibt keine Berufungsmöglichkeit. Einige wenige Rechtsanwaltskanzleien teilen sich den sehr lukrativen "Markt" auf: Nur 15 Personen



Thema: attac, Attac-,

URL: http://derstandard.at/1397522476561/Auch-Amerikaner-vergiften-sich-nicht-taeglic...

sind in 55 Prozent der bekannten Fälle als Schiedsrichter involviert. Es gibt mittlerweile in den USA Investoren, die solche Klagen vorfinanzieren ...

Schellhorn: ... Sie tun, als wäre es so tragisch, wenn man einen Staat klagt. Das kann ich als Bürger auch tun, wenn ich mich in meinen Rechten beschränkt fühle.

Küblböck: Ja, aber dafür muss ich mich zuerst an ein nationales Gericht wenden. Da muss ich den Instanzenweg durchstreiten, und erst dann kann ich mich in Europa an den Menschenrechtsgerichtshof wenden. Das macht Sinn. Schiedsgerichte kann man gleich anrufen.

STANDARD: Die österreichische Regierung sagt, sie will dafür sorgen, dass kein Genfleisch in Österreich landet und Standards nicht gesenkt werden. Glaubwürdig?

Schellhorn: Ehrlich wäre es, wenn die Regierung sagt: Wir wollen dieses Abkommen nicht. Es ist typisch, wie Österreich hier vorgeht. Wir gehören zu den größten Profiteuren der EU-Osterweiterung, haben im Osten die Banken aufgekauft. Die bulgarischen und rumänischen Arbeitnehmer wollten wir aber nicht haben. Auch bei TTIP will Österreich nur Rosinen. Das wird nicht gehen. Man darf nicht vergessen, dass derzeit über ein pazifisches Freihandelsabkommen zwischen den USA, Japan, Kanada und anderen verhandelt wird. Wenn diese Vereinbarung zustande kommt, TTIP aber platzt, werden wir Weltmarktanteile verlieren. Wird man dann sagen: Aber wenigstens haben wir unser Biohendlert gerettet, das ohnehin nie in Gefahr war?

Küblböck: Man muss einfach schauen, wer Interesse an diesem Abkommen hat. Von 120 Lobbybesuchen bei der EU-Kommission zu dem Thema waren mehr als 90 Prozent Vertreter von Industriegruppen. Das Industriekapital will die Vereinbarung, um Standards senken zu können. Ebenso wollen die europäischen Banken das Abkommen, weil sie strengere Regeln in den USA weghaben wollen. Dem Bürger bringt TTIP nichts. (András Szigetvari, DER STANDARD, 6.5.2014)

Karin Küblböck ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) im Bereich Internationale Wirtschaftspolitik. Sie ist Attac-Österreich-Mitbegründerin. Küblböck hat Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität in Wien und Buenos Aires studiert.

Franz Schellhorn hat Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien studiert und eine Bankerausbildung absolviert. Der frühere Journalist und ehemalige stellvertretende Chefredakteur der *Presse* leitet seit Februar 2013 die Denkfabrik Agenda Austria, die wirtschaftsliberale Positionen in Österreich propagiert.




Feedback  

derStandard.at auf Facebook




Wirtschaft Newsletter abonnieren

8 Postings

▶ **General_Guglhupf**  1  
6.5.2014, 05:57 [melden](#) [permalink](#) [antworten](#)

Leute nochmal - sicher sind Chlorhuhn etc eine üble Sache.

Aber wesentlich schlimmer ist die "Privatisierung" des Wirtschaftsrechts. Damit kann sich jeder internationale Konzern sein eigenes Schiedsgericht kaufen, besetzt mit Lobbyisten, um dadurch Phantasiesummen von Staaten zu erpressen.

▶ **liberalAustrian**  2  
6.5.2014, 05:50 [melden](#) [permalink](#) [antworten](#)

Also mich hat herr schellhorn überzeugt. Ich bin nun noch mehr davon überzeugt, dass das tipp nicht zustande kommen sollte. Ttip ist nur im interesse der konzerne. Und da schaut der konsument wahrscheinlich mittel bis langfristig durch die finger...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac, Attac-,

URL: http://derstandard.at/1397522476561/Auch-Amerikaner-vergiften-sich-nicht-taeglic...

Es geht nicht um das chlorhuhn. Dieses huhn steht synonym für eine reihe von konsumentenverschlechterungen. Es gibt heute schon viele konsumenten die immer das günstigste produkt kaufen. Wer schützt deren gesundheit?

Martin Müller10 + 76 0 2 melden permalink antworten 6.5.2014, 05:50

"... weshalb die Hühner dort nach der Schlachtung in Chlor getaucht werden müssen."

Mir wäre nicht bekannt, dass jemals ein zum Verzehr bestimmtes Huhn in Chlor getaucht wurde.

General_Guglhupf + 1 6.5.2014, 05:54 melden permalink antworten

Das liegt daran, dass in den USA die Gesetze punkto Massentierhaltung so lax sind, dass man die Kadaver nachher in Chlor tauchen muss, um alle Keime zu töten.

In Europa haben wir strengere Gesetze und die US Lebensmittelindustrie versucht diese aufzuweichen.

Martin Müller10 + 76 6.5.2014, 06:00 melden permalink antworten

Chlor ist bei Normalbedingungen ein Gas. Mit Chlor könnte man maximal begasen aber sicher nicht tauchen. Zur Desinfektion im Lebensmittelbereich wird jedoch Chlordioxid verwendet.

Krani13 + 6.5.2014, 05:49 0 1 melden permalink antworten

Zumindest

Vergiften sie sich nicht wissendlich. Wenn ich das richtig verstanden habe. Bei und genügt der Verdacht das eine Substanz schädlich ist. Aber dann erst nach dem Nachweise das sie es ist. Das heißt es müssen vorher Leute krank werden oder sterben. Dann gibt es Gutachten und gegen Gutachten. Mit einen Wort das gleiche wie in den USA. Es kommt nicht raus.

Das wird aber hier im Artikel nicht erwähnt. Darf ich fragen warum? Hat da schon wieder wer Geld bekommen ?

General_Guglhupf + 1 6.5.2014, 05:48 0 2 melden permalink antworten

Schellhorn hat leicht reden - als Lobbyist des Neoliberalismus verdient er sicher genug damit kein Chlorhendl auf seinem Teller landet.

Wesentlich schlimmer also die Lebensmittelfrage ist aber sein Standpunkt zu den Schiedsgerichten. Kafka schau oba...über diese "Gerichte" kann eine kleine Zahl Superreicher jede wirtschaftliche Entscheidung die gegen ihre Interessen geht, ohne Einbeziehung der Öffentlichkeit, aushebeln.

Sicher ist unser Rechtsstaat nicht perfekt, aber was hier gefordert wird, ist mit geheimen Militärtribunalen vergleichbar.

Dirty Sanchez, esq. + 5 6.5.2014, 05:48 0 3 melden permalink antworten

Menschen wie der Herr Schellhorn, die den kurzfristigen Erfolg über alles andere stellen, machen mir Angst. Genau dieses Denken hat uns in die Krise gebracht, genau dieses Denken wird uns in die nächste Krise bringen.

Die Kommentare von Usern und Userinnen geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, welche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen, den guten Sitten widersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zuwiderlaufen (siehe ausführliche Forenregeln), zu entfernen. Der/Die Benutzer/in kann diesfalls keine Ansprüche stellen. Weiters behält sich die derStandard.at GmbH vor, Schadenersatzansprüche geltend zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.

© derStandard.at GmbH 2014

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

Impressum & Offenlegung
Datenschutzrichtlinie

derStandard.at · dieStandard.at · daStandard.at · derStandardDigital.at · FINDEN.at · AUTOGOTT.AT

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag